

Freiheitlichen-Obmann Egger erteilt einer Aufweichung des Asylrechts durch die EU eine klare Absage

UT: Österreich muss sich im Kampf gegen Asylmissbrauch an der Schweiz und nicht an Brüssel orientieren.

Bregenz, am 12.02.2009 (VF). „Wir brauchen ein modernes Asylrecht, das Missbrauch verhindert und Schutzbedürftigen rasch Hilfe bietet. Was wir nicht brauchen, sind Vorgaben aus Brüssel, die Scheinasylanten und Kriminellen Tür und Tor nach Österreich öffnen“, erteilt der freiheitliche Landesobmann, Landesrat Dieter Egger, dem Entwurf einer EU-Asylrichtlinie eine klare Absage.

Angesichts der Pläne der EU, die u.a. Erschwernisse bei der Schubhaft, bessere finanzielle Unterstützung für Asylwerber oder sofortigen Zugang zu Ausbildungssystemen vorsehen, entwickle sich die benachbarte Schweiz immer mehr zur letzten europäischen Bastion gegen Asylmissbrauch und müsse daher auch für Österreich Vorbild werden. „Eine eng gefasste Mitwirkungspflicht des Asylwerbers bei der Sachverhaltsfeststellung, klar definierte Bearbeitungsfristen mit schlanken Instanzenzügen führen zu raschen Verfahren und kennzeichnen das Schweizer Asylrecht. Ebenso wie die eidgenössische Bevölkerung erwarten sich die Österreicher ein modernes Gesetz, das Schutzbedürftigen rasch hilft und Missbrauch konsequent schon bei der Antragsstellung verhindert.“

„Unser Ziel ist es, Asylmissbrauch durch rasche und faire Verfahren zu bekämpfen und die drohenden EU-Zuwanderungspläne zu stoppen“, betont der FP-Landeschef abschließend. (Schluss)

Bei Rückfragen:

Landesparteiobmann LR Dieter Egger– 0664 / 62 55 588